

Engagiert. Mutig. Links.

Arbeitskreis

Gegen Rechts

Auch 65 Jahre nach dem Ende der nationalsozialistischen Terrorherrschaft ist der Kampf gegen Faschismus und Intoleranz noch immer nicht gewonnen. Rechtsextreme Parteien werden in Landtage und Kreistage gewählt und können dort ihre Hetzen gegen Ausländer, Juden, Obdachlose, Homosexuelle, und andere Minderheiten verbreiten. Es muss die Aufgabe von uns Jungsozialistinnen und Jungsozialisten sein, solche Hetzen zu bekämpfen und für Toleranz und Menschlichkeit einzustehen.

Der Kampf gegen Rechts ist das tägliche Verteidigen der demokratischen Ordnung. Daher wollen wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten uns aktiv am Kampf gegen Rechtsextremismus in der Region Hannover beteiligen. In den letzten Jahren hat sich die rechte Szene gewandelt. Nicht nur durch die bloße Teilnahme an Aufmärschen machte man auf sich aufmerksam, sondern versuchte vermehrt alternativen zur so genannten „linken Jugendszene“ zu bieten. Der/die Rechtsextreme tritt ebenfalls nicht mehr als der „klassische Nazi“ auf. So werden alte Vorurteile umgangen und rechte Kameradschaften attraktiver für Sympathisanten. Dieses Phänomen ist auch in der Region Hannover zu beobachten. So fanden wir viele Aufkleber mit rassistischen Sprüchen an Laternenpfählen oder Bushaltestellen. Zudem wurde auch der „Bock“ an Schulen in der Region verteilt. Der „Bock“ macht zunächst den Eindruck einer normalen Schülerzeitung, jedoch bei genauerem Hinsehen handelt es sich um hinterhältige Nazi-propaganda. Von „Maximalpigmentierten aus Afrika“ oder „Zigeuner mit Hang zu Fremdem Eigentum“ ist hier die Rede. Strafbar sind diese Äußerungen jedoch nicht.

Deswegen nehmen Aufklärung und Aufmerksamkeit hier einen besonders hohen Stellenwert ein. Zu diesem Zweck werden wir weiterhin zu Demonstrationen und Mahnwachen aufrufen und die gute Bündnis-Arbeit im „Bündnis gegen Rechts Hannover“ fortführen. Auch soll der Demonstrationsaufruf für Dresden unterstützt werden.

Hinter diesen Aktivitäten steht die Gruppe „besseres Hannover“. Bei dieser Gruppierung handelt es sich um sogenannte *Autonome Nationalisten*. Dies sind parteiunabhängig organisierte Gruppen aus dem Kreis der Freien Kameradschaften. Bei ihrem Auftreten greifen sie bewusst auf Aussehen und Aktionsformen der linken Jugendszene zurück. Bei „besseres Hannover“ handelt es sich um eine relativ neue, aber dennoch sehr gut vernetzte Kameradschaft. So kann man von Verbindungen zur lokalen NPD und der Deutschland weit bekannten „Kameradschaft 73“ aus Celle ausgehen.

Einen zweiten Schwerpunkt unsere Arbeit gegen Rechts sehen wir in der Bekämpfung des „Rechtsextremismus aus der Mitte“. Rechtes Gedankengut ist bereits in breite Teile der Gesellschaft vorgedrungen. So ergab die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung „Die Mitte in der Krise“ (2010), dass 34% der Bundesbürger glauben, Ausländer kämen nur hierher, um den Sozialstaat auszunutzen. Auch in unsere Partei fanden die Fragen zur Ausländerfeindlichkeit relativ hohe Zustimmungswerte. Im Westen 24%, im Osten 33%. Als Partei mit großer antifaschistischer Tradition ist das ein erschreckendes Ergebnis.

Es muss unser Ziel sein, in dieser Hinsicht Aufklärung zu betreiben, und viele Genossinnen und Genossen für dieses Thema zu sensibilisieren. Dazu wird es ein Angebot des AK gegen Rechts geben Mitgliederversammlungen von Ortsvereinen zu besuchen und dort mit den Genossinnen und Genossen vor Ort zu diskutieren. Natürlich soll auch die Juso-interne Fortbildung zu rechtsextremistischen Themengebieten fortgeführt werden.

Der dritte Schwerpunkt soll auf rechte Zeitungen und Zeitschriften gelegt werden. Ende letzten Jahres wurde die Zeitschrift „Zuerst“ auf den Markt gebracht. Sie ist, wie die „Junge Freiheit“ ein Sprachrohr der „neuen Rechten“. Die Aufmachung ist seriös, doch mit Themen wie „Diskriminierung Deutscher durch Ausländer“ oder „Die Völkische Identität Südtirols“, bleiben die Themen nationalkonservativ oder auch rechtsextrem. Es handelt es sich um einen ernstzunehmenden Versuch der rechtsextremen Szene, geschützt von vermeidlicher Seriosität, gesellschaftliche Akzeptanz für rechtsextreme Positionen zu finden. Darum sollen gerade Zeitungshändler, aber auch Bürgerinnen und Bürger informiert werden.